

Die militärische Lage am Jahresanfang 1963

Autor(en): **Frick, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161390>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die militärische Lage am Jahresanfang 1963

HANS FRICK

Wie in den vergangenen Jahren veröffentlichen wir nachfolgend einen Rückblick auf die weltpolitischen und militärischen Ereignisse des abgelaufenen Jahres. Die darin vertretenen Auffassungen geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

Die Redaktion

Das abgelaufene Jahr hat einige Konflikte zum Erlöschen gebracht, die weltpolitisch von einer gewissen Bedeutung sind, allein der große Gegensatz zwischen dem Weltkommunismus, insbesondere dem Sowjetblock, und den Westmächten besteht in seiner ganzen Schärfe weiter. Immerhin sind einige neue Faktoren in Erscheinung getreten, die auf die Dauer von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der weltpolitischen Verhältnisse sein können.

Der Ost-West-Konflikt

Nach wie vor stand die Berlin-Frage während des größten Teiles des Jahres im Zentrum der Streitfragen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Immer und immer wieder erhoben die leitenden Männer der Sowjetunion gegen den Westen die Anklage, die Schuld an den anormalen Verhältnissen in Berlin zu tragen und nicht die Hand zu einer friedlichen Regelung zu bieten. In diesem Zusammenhang wurde von sowjetischer Seite wiederholt und mit Nachdruck der Abzug der Besatzungstruppen aus Berlin gefordert; schließlich wurde auch deren Ersatz durch kleineren Staaten entnommene gemischte Verbände der Vereinten Nationen vorgeschlagen. Es lag auf der Hand, daß die Westmächte auf diese Forderungen nicht eingehen konnten. Die Lage wurde von seiten der Sowjetunion und ihres ostdeutschen Satelliten durch eine Reihe weiterer Maßnahmen verschärft, deren durchsichtiger Endzweck es war, eine Anerkennung der sogenannten «Deutschen Demokratischen Republik» zu erzwingen. Hierzu gehören die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Ostdeutschland und ihre Ausdehnung auf Ostberlin, dies trotz den Protesten des Westens, die Forderung, die Luftkorridore in Höhen von unterhalb 2100 beziehungsweise 2500 m ausschließlich sowjetischen Flugzeugen zu überlassen, sowie die daran anschließenden Belästigungen alliierter Flugzeuge, die Verwei-

gerung des Zutritts zu Ostberlin gegenüber dem amerikanischen Stadtkommandanten und ferner eine große Parade in Ostberlin anlässlich der Maifeier. Schlimmer noch waren die dauernden Schießereien an der berüchtigten Sperrmauer, die durch die nicht aussetzenden Fluchtversuche von Ostdeutschen ausgelöst wurden und mehrere Opfer forderten. Die Krise erreichte ihren Gipfel, als am 17. August ein achtzehnjähriger Flüchtling von der Volkspolizei angeschossen und dann hilflos liegengelassen wurde, so daß er verblutete. Das führte zu erregten Demonstrationen der Bevölkerung, die sich teilweise auch gegen die Amerikaner richteten, denen passives Verhalten vorgeworfen wurde. Kurz darauf lösten die Sowjets ihre Stadtkommandantur auf; ein ostdeutscher General wurde zum Stadtkommandanten ernannt. Nachher teilten die Sowjets mit, die Befugnisse der Stadtkommandantur seien vorübergehend vom russischen Oberkommando übernommen worden.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß die Berlingespräche zwischen dem amerikanischen Botschafter *Thompson* und Außenminister *Gromyko* sowie die mehrfachen späteren zwischen Staatssekretär *Dean Rusk* und dem sowjetischen Botschafter *Dobrynin* nicht das mindeste Ergebnis erzielten. Bestenfalls dienten sie einer weiteren Hinausschiebung der von der Sowjetunion angedrohten Maßnahmen. Andererseits weckten sie wenigstens zeitweise ein gewisses Mißtrauen in Berlin selbst und in Westdeutschland, weil gerüchtweise verlautete, die Amerikaner seien zu nichtverantwortbaren Konzessionen bereit, was sich indessen nicht bestätigte. Da sich immer neue Schwierigkeiten, unter anderem häufige Verhaftungen, auf den Zugangswegen zu Westberlin ereigneten, wurde der Vorschlag einer internationalen Kontrollbehörde gemacht, von den Sowjets jedoch scharf abgelehnt.

Erst gegen Jahresende schien sich eine leichte Entspannung anzubahnen. In seiner Rede vor dem obersten Sowjet im Dezember schlug *Chruschtschew* verhältnismäßig milde Töne an, und entsprechend reagierte auch sein Statthalter *Ulbricht*. Daß dabei der Mißerfolg in der Kubakrise und die schweren Differenzen mit China eine Rolle spielten, ist zwar nicht zu beweisen, aber leicht möglich. Immerhin ist die Verurteilung des Westberliners *Harry Seidel* zu lebenslänglichem Gefängnis wegen seiner Versuche, Ostdeutschen zur Flucht zu verhelfen, ein deutliches Zeichen, daß an eine wesentliche Lockerung des Konfliktes in nächster Zeit nicht gedacht werden kann.

Es ist wichtig, sich darüber klar zu sein, daß die Berlin-Frage kein Problem für sich ist, das isoliert zu einer wirklichen Lösung gebracht werden kann. Es ist in der Tat anormal, daß diese Stadt beinahe zwei Jahrzehnte nach dem Krieg noch immer eine alliierte Besatzung haben muß. Allein dieser Zustand ist unvermeidlich, solange die Frage Gesamtdeutschlands nicht gelöst ist. Eine besatzungslose «freie» Stadt Westberlin müßte, und zwar bestimmt, trotz aller papierener Garantien von sowjetischer Seite, innert kürzester Frist dem ostdeutschen Satellitenstaat in die Hände fallen und ihre Freiheit verlieren. Die

Folgen eines derartigen Vorganges für die freien Völker der ganzen Welt würden katastrophal sein. Es sollte daher von westlicher Seite dauernd und mit Nachdruck die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für ganz Deutschland und damit freier, international überwachter Wahlen erhoben werden. Wenn auch selbstverständlich dabei nicht ein baldiger Erfolg zu erwarten wäre, dürfte doch auf längere Sicht eine solche Politik zu einer Lösung der deutschen und damit auch der Berlin-Frage führen, entsprechend unserm Schweizer Sprichwort: «Nüd nahlah gwünnt.»

In den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres wurde das Berlin-Problem durch die *Kubakrise* in den Hintergrund gedrängt. Das kommunistische Regime *Fidel Castros* war schon seit längerer Zeit ein Herd subversiver Propaganda in den mittel- und südamerikanischen Staaten. Diese Tatsache hatte *Kennedy* veranlaßt, im Februar ein Handelsembargo gegen Kuba zu verhängen. Im Laufe des Jahres wurde es immer offensichtlicher, daß die Sowjetunion Castro weitgehend unterstützte. Anfangs September sah sich *Kennedy* genötigt, die Sowjetunion energisch vor einer Bedrohung der Vereinigten Staaten von Kuba aus zu warnen und kurz darauf 150 000 Reservisten aufzubieten, was von sowjetischer Seite als eine Vorbereitung einer Invasion Kubas ausgelegt wurde. Anfang Oktober befaßte sich eine Konferenz der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) ebenfalls mit Kuba und beschloß, geeignete Gegenmaßnahmen gegen die von dort ausgehende Propaganda zu treffen. Am 22. Oktober stellte *Kennedy* fest, daß sich in Kuba sowjetische Offensivraketen befinden und die Abschußbasen beschleunigt aufgebaut werden. Anschließend verfügte er, daß die amerikanische Kriegsmarine sämtliche nach Kuba fahrenden Schiffe zu untersuchen und diejenigen, die Offensivwaffen transportieren, zurückzuweisen habe. Die mit Mäßigung gepaarte Festigkeit *Kennedys* führte zu einem vollen Erfolg. Nachdem anfangs die Sowjetunion hatte behaupten wollen, es handle sich nur um Defensivwaffen und nachher den Rückzug der Raketen unter der für die Vereinigten Staaten unannehmbaren Bedingung des Abbaus der Raketenbasen in der Türkei angeboten hatte, gab *Chruschtschew* am 28. Oktober bekannt, er sei bereit, die Raketen nach der Sowjetunion zurückzuführen, ohne weitere Bedingungen zu stellen. Auch von der durch Castro erhobenen Forderung des Abbaus der amerikanischen Basis Guantamo wurde weiter nicht mehr gesprochen. Vom 3. November an hielt sich der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident *Mikojan* in Kuba auf, wohl um Castro zum Nachgeben zu veranlassen, was offenbar nicht ohne gewisse Schwierigkeiten gelang. So wurden denn im Laufe des Novembers die Raketen nach der Sowjetunion zurücktransportiert und anschließend auch die in Kuba stationierten Iljuschin-Bomber. Einzig die Frage der Inspektion an Ort und Stelle ist bis heute noch nicht geregelt.

Die Kubakrise ist von eminenter weltpolitischer Bedeutung. Sie hat erstens einmal erneut die alte Wahrheit bestätigt, daß Festigkeit zum Erfolg führt

und keineswegs einen Krieg zur Folge haben muß, wie wieder zahlreiche ängstliche Gemüter befürchteten. Sie hat ferner gezeigt, daß die westlichen Alliierten, trotz aller immer wieder auftretenden Meinungsverschiedenheiten und Verstimmungen, in Momenten großer Gefahr zusammenstehen, haben doch nicht nur die Staaten der amerikanischen Organisation, sondern auch die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der deutschen Bundesrepublik das Vorgehen Kennedys sofort und vorbehaltlos unterstützt. Sodann ist Chruschtschews Bereitschaft zum Entgegenkommen in der Bevölkerung der Sowjetunion, die durchaus keinen Krieg wünscht, mit Erleichterung aufgenommen worden, was diesen ermutigen dürfte, weiterhin dieser Methode zu folgen. Andererseits hat Chruschtschews Politik in der Kubafrage wesentlich zur Verschärfung der Spannungen innerhalb des Weltkommunismus beigetragen.

Schließlich muß auch gesagt werden, daß der Erfolg in der Kubafrage von ganz besonderer Bedeutung für *Südamerika* ist, dessen innerpolitische Verhältnisse ziemlich unstabil sind, wie die Putsche und Revolten beweisen, die sich im Laufe des Jahres in der Dominikanischen Republik, in Guatemala, Argentinien, Ecuador, Venezuela und Peru ereigneten. Eine Niederlage der USA in dieser Frage hätte zweifellos der von Kuba aus gesteuerten Propaganda in diesen Ländern mächtigen Auftrieb gegeben.

Die bis gegen Ende Oktober bestehenden scharfen Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen hatten zur Folge, daß weder anläßlich der *Kernwaffenkonferenz*, noch in der durch 18 Staaten beschickten *Abrüstungskonferenz*, trotz zahlreicher Sitzungen, irgendein Fortschritt erzielt werden konnte. Der Hauptgrund des Scheiterns liegt in der dauernden Weigerung der Sowjetunion, die für eine wirksame Kontrolle unterirdischer Atomexplosionen unerläßliche internationale Inspektion zuzulassen. Auch die Forderung, als ersten Schritt der Abrüstung alle militärischen Stützpunkte in fremden Ländern abzubauen, ist ein schweres Hindernis für eine Einigung. Offensichtlich strebt die Sowjetunion eine Lösung an, die ihr im Verlauf einer Abrüstung erlaubt, gegenüber dem Westen wesentlich überlegen zu sein. Da die geschichtliche Erfahrung beweist, daß Revolutionären aller Art keinerlei Neigung zu Vertragstreue eigen ist, zumal wenn sie die Ausbreitung ihres politischen Systems über andere Länder erstreben, hat der Westen besonderen Anlaß, vorsichtig zu sein.

Unter den gegebenen Umständen, zumal nach dem Bruch des Atomversuchsmoratoriums durch die Sowjetunion im Jahre 1961, sahen sich die USA genötigt, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen. Kurz darauf folgten ihnen auch die Sowjets, die hierbei unter anderem auch Superbomben schwersten Typs verwendeten. Da es sehr fraglich ist, ob derartige Mittel im Vergleich zu leichteren Typen im Einsatz wirklich rentabel sind, muß angenommen werden, daß mit solchen Versuchen vor allem Einschüchterung bezweckt wurde.

Afrika

Im afrikanischen Bereich darf als erfreuliches Ereignis die Beendigung des Jahre dauernden Krieges in Algerien gebucht werden. Dem Waffenstillstand vom 19. März folgte zunächst die Volksabstimmung in Frankreich, die mit sehr starkem Mehr die Algerienpolitik de Gaulles billigte. Durch geheime Verhandlungen zwischen der OAS und dem FLN kamen auch die Terrorakte der ersteren zum Stillstand. Schließlich stimmte am 1. Juli das algerische Volk mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit. Damit war freilich die Ruhe im Lande nicht hergestellt, indem es im Zusammenhang mit der Absetzung *Boumediennes*, des Stabschefs der Befreiungsarmee, durch den Ministerpräsidenten *Ben Kbedda* zu schweren Zerwürfnissen zwischen den führenden Politikern und zu Kampfhandlungen kam, die bis in den September dauerten. Erst am 20. September konnte die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung stattfinden, und am 26. September übernahm *Ben Bella* als Ministerpräsident die Regierung. Seine Erklärung, die Grundsätze des Abkommens von Evian achten und mit Frankreich zusammenarbeiten zu wollen, wie auch sein herzlich gehaltener Neujahrsglückwunsch an de Gaulle lassen hoffen, daß auch in Zukunft, trotz gelegentlicher unvermeidlicher Reibungen, enge Beziehungen zwischen den beiden Staaten bestehen bleiben werden. Freilich dürften sich aus der Forderung Algeriens, jene Bestimmungen des Abkommens von Evian zu ändern, die mit der Neutralität des Landes unvereinbar seien, noch Schwierigkeiten ergeben. Nicht unwichtig ist das von der algerischen Regierung am 29. November verfügte Verbot der kommunistischen Partei. So, wie sich die Dinge zu entwickeln scheinen, dürfte also zumindest in naher Zukunft eine Gefährdung der Südflanke Europas von Nordafrika her wenig wahrscheinlich sein. In diesen Zusammenhang gehört auch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien, die weiterhin zur Konsolidierung der Verhältnisse in diesem Bereich beitragen wird. Die Beendigung des Algerienkrieges ist für den ganzen Westen von wesentlicher Bedeutung, weil dadurch beträchtliche französische Streitkräfte frei wurden, die so für die Verteidigung Europas verfügbar sind.

Während so in Nordafrika die Ruhe wieder eingekehrt ist, haben sich die Verhältnisse im *Kongo* wesentlich verschlimmert. Ein unbefangener Beobachter möchte die Schuld daran zum großen Teil der Politik der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs U Thant, leider aber auch der unverständlichen Haltung der Vereinten Staaten geben. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß im Katanga vor dem Eingreifen der UN-Truppen Ordnung herrschte, was man von dem der Zentralregierung unterstehenden Gebiet nicht behaupten kann, wo übrigens auch das Wirtschaftsleben eine immer ungünstigere Entwicklung nahm. Zwar hatte Ministerpräsident *Adoula* den stellvertretenden Ministerpräsidenten *Gizenga*, einen Anhänger Moskaus, auf Grund eines Miß-

trauensvotums des Parlaments abgesetzt, was sicherlich eine Erleichterung der Lage bedeutete. Allein, immer mehr stellte sich heraus, daß Adoula von *Tschombé*, dessen Verhandlungsbereitschaft nicht zu bezweifeln ist, ganz einfach die Kapitulation verlangte. Schon im Februar hatte sich das katangische Parlament mit der Wiedervereinigung des Kongo, aber auf föderalistischer Grundlage, einverstanden erklärt. Verhandlungen zwischen Adoula und Tschombé im April und Mai führten aber zu keinem Ergebnis. Noch im Juli hatte U Thant in London behauptet, es dürfe keine gewaltsame Lösung des Kongo-Problems geben. Trotzdem wurden auf Ersuchen der Zentralregierung im August die sämtlichen Flughäfen Katangas durch die UN für den Zivilverkehr gesperrt. In der Folge kam es zu Kämpfen zwischen katangischen Truppen und solchen der Zentralregierung, wobei sich beide Seiten beschuldigten, die Angreifer zu sein. U Thant unterbreitete dann den Parteien einen Plan zur Lösung der Kongofrage. Kurz darauf landeten Truppen der Zentralregierung in Kamina. Tschombé erklärte sich zu neuen Verhandlungen bereit, weigerte sich aber mit Recht, dies unter Druck zu tun. Gleichzeitig erklärte er sein Einverständnis mit dem Plan U Thants und schlug die Bildung internationaler Kommissionen vor. Gerade dieser letztere Vorschlag muß von einem unbefangenen Betrachter als gutes Zeugnis für Tschombé betrachtet werden, denn wer guten Gewissens ist, hat eine internationale Kontrolle nicht zu scheuen. Als schließlich im Oktober der dauernde Kleinkrieg zwischen der katangischen Gendarmerie und Truppen der Zentralregierung durch ein Waffenstillstandsabkommen zu sehr vernünftigen Bedingungen beendet wurde, verweigerte Adoula dessen Anerkennung, und zwar ausgerechnet mit der Begründung, Vertreter der UN und ausländischer Konsulate hätten auf die zentralkongolische Delegation einen Druck ausgeübt. Ein deutlicheres Zeugnis für die Einstellung dieses Mannes kann es wohl kaum geben. Tschombé hatte sich sodann bereit erklärt, 50% der Einnahmen des Katanga der Zentralregierung zur Verfügung zu stellen. Trotz alledem kam es gegen Jahresende zu einer Großaktion der UN-Truppen gegen den Katanga und zur Besetzung von Elisabethville, wodurch Tschombé gezwungen wurde, sich nach Südrhodesien zu flüchten. Am Jahresende ist die Entwicklung in vollem Fluß, und es läßt sich noch durchaus nicht absehen, wie sie enden wird. Immerhin läßt sich heute schon feststellen, daß das Eingreifen der Vereinigten Nationen unrechtmäßig und außerdem ein schwerer politischer Fehler ist. Hätte man nach Tschombés Vorschlag eine internationale Kommission aus unabhängigen und geachteten Persönlichkeiten, zumal solchen aus neutralen Ländern, zur Vermittlung zwischen den streitenden Parteien eingesetzt, hätte sicher mit Zeit und Geduld eine Lösung herbeigeführt werden können, statt daß ein Chaos entsteht, wie man jetzt befürchten muß. Die Begründung, die in den USA für die Unterstützung der UN-Aktion gegeben wird, daß der Kongo dem Kommunismus anheimfallen werde, wenn die Einigung nicht schleunigst verwirklicht werde, ist höchst

fraglich. Man wird durch die amerikanische Politik im Kongo wie auch gegenüber Indonesien und im Jemen peinlich an gewisse Zustände erinnert, wie sie in dem bekannten Buche «The ugly American» geschildert sind.

Im Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzung dürfte dem Kongo-Problem zur Zeit keine große Bedeutung zukommen; dies gilt auch für die übrigen Ereignisse in Zentral- und Südafrika, wie etwa die Schwierigkeiten in der Zentralafrikanischen Föderation. Als erfreulich darf festgehalten werden, daß anlässlich der Konferenz der afrikanisch-madagassischen Union der Präsident von Senegal, *Senghor*, sich für eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich aussprach.

Die Sowjetunion verhielt sich im vergangenen Jahre eher zurückhaltend gegenüber den afrikanischen Problemen. Zwar besuchte der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan zu Anfang letzten Jahres Guinea, Ghana, Mali und Marokko, doch sind von diesen Besuchen keine Nachwirkungen von Belang zu erkennen. Afrika ist für den Kommunismus keine besonders günstige Einflußzone, da die afrikanische Mentalität den marxistischen Theorien wenig zugänglich ist. Der Besuchsreise Mikojans folgte unmittelbar eine solche des westdeutschen Bundespräsidenten *Lübke*, der in Liberia, Senegal und ebenfalls in Guinea vorsprach. Es verdient dabei vermerkt zu werden, daß sich Präsident *Sekou Touré* im Gespräch mit *Lübke* ausdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands ausgesprochen haben soll.

Naber Osten

Im Bereich des Nahen Ostens ist die zunehmende Uneinigkeit unter der arabischen Staatenwelt auffallend, die sozusagen nur noch in der Feindschaft gegen Israel übereinstimmt. Zunächst brachte der Anspruch Iraks auf Kuwait diesen in Gegensatz zu andern arabischen Staaten. Sodann haben die unverhohlenen Hegemoniegelüste *Nassers* bei andern arabischen Staaten Widerstand geweckt, zumal in Saudiarabien und Jordanien, deren Königshäuser sich in *Nassers* Gesellschaft nicht sehr geheuer fühlen können. Aber auch zwischen Syrien und Ägypten kam es zu Schwierigkeiten. Im Rat der Arabischen Liga beschwerte ersteres sich wegen Einmischung der Vereinigten arabischen Republik in seine inneren Verhältnisse. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, die damit endigten, daß die Delegation der VAR die Sitzung verließ und ihren zeitweiligen Austritt aus der Arabischen Liga bekanntgab. Kurz darauf beschlossen die Herrscher von Saudiarabien und Jordanien, ihre Außenpolitik zu koordinieren und ein gemeinsames Oberkommando aufzustellen.

Ein viel ernsteres Zerwürfnis ergab sich aber aus den Ereignissen im *Jemen*. Nach dem Tode des Imams übernahm sein Sohn *El Badr* die Herrschaft. Eine Woche später riß die Armee unter Oberst *as-Sallal* durch einen Staatsstreich

die Macht an sich und erklärte die Republik. Bei den dabei entstehenden Kämpfen konnte El Badr entkommen, und sein Oheim, Prinz *Hassan*, übernahm die Führung der royalistischen Kräfte, die sich vorwiegend aus den Bergstämmen rekrutierten. Zweifellos hätten die Revolutionäre ihr Spiel verloren, wenn sie nicht unverzüglich durch starke ägyptische Kontingente unterstützt worden wären. Umgekehrt versprachen Saudiarabien und Jordanien den Royalisten Hilfe; doch scheint es nach den Feststellungen unparteiischer Beobachter, daß keine Truppen dieser Länder nach Jemen gesandt wurden, entgegen den ägyptischen Behauptungen. Am Jahresende waren die Kämpfe noch immer im Gange, wobei die Royalisten nicht unbeträchtliche Erfolge davontrugen. Auch in diesem Konflikt war die Politik der Vereinigten Staaten mehr als unverständlich. Schon am 19. Dezember beeilten sie sich, das revolutionäre jemenitische Regime anzuerkennen. Anscheinend glaubt man in Amerika, durch einen solchen Akt die Führer der Rebellion gewinnen und vor einem Einschwenken zum Kommunismus bewahren zu können. Welch eine verkehrte Auffassung dies ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß der eigentliche Führer der jemenitischen Revolution, der hinter as-Sallal stehende *El-Badami*, seine Ausbildung einem Stipendium des Imams verdankte und von diesem sogar zum Gesandten in Bonn gemacht worden war. Wäre es diesem Manne um wirkliche Reformen und nicht nur um die Befriedigung seines unersättlichen Ehrgeizes gegangen, so hätte er seinen Einfluß beim Imam benützt, um ihn schrittweise zur Änderung der Verhältnisse zu veranlassen, statt einen Akt unerhörter Treulosigkeit und schwärzesten Undanks zu begehen. Die amerikanische Haltung erinnert an das naive Urteil, das Roosevelt im Jahre 1942 in einem Briefe an seinen Botschafter in Moskau über Stalin fällte. Er schrieb dort, er habe den Eindruck, daß, wenn er Stalin alles gebe, was er nur könne, ohne eine Gegenleistung zu verlangen, dieser nach dem Grundsatz «noblesse oblige» handeln und keinen Versuch machen werde, sich etwas anzueignen¹! Von Leuten solchen Schlages kann man wirklich keine «noblesse» und keinen Dank für irgendein Entgegenkommen erwarten; ihnen imponiert allein die Macht.

Die wirren Verhältnisse im Nahen Osten sind angesichts der weltstrategischen Bedeutung dieser Gebiete höchst unerfreulich. Immerhin kann gesagt werden, daß sich für die Sowjetunion kaum Gelegenheit bietet, sich dort solide Freunde zu erwerben, während umgekehrt Saudiarabien und Jordanien vielleicht durch die Verhältnisse veranlaßt würden, sich mehr an den Westen anzulehnen. Freilich dürfte man sie dabei nicht vor den Kopf stoßen, wie dies in der Jemen-Angelegenheit der Fall war. Für die Westmächte sind schließlich die

¹ Robert Ingrim, Hitlers glücklichster Tag, S. 46.

Türkei mit ihrer starken und zuverlässigen Armee und die Präsenz der amerikanischen 6. Flotte im Mittelmeer Trümpfe von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Mittlerer und Ferner Osten

Von den verschiedenen Unruheherden des Fernen Ostens ist wenigstens derjenige in *Laos* beseitigt worden, wo nach mehrfachen, anfänglich gescheiterten Verhandlungen und zahlreichen Kampffaktionen die drei Prinzen, der neutralistische *Souanna Phouma*, der rechtsgerichtete *Boun Oum* und der kommunistenfreundliche *Souva Nouwong* eine Regierung unter dem Vorsitz des ersteren bildeten. Das wichtige Verteidigungsministerium wurde glücklicherweise dem zu Boun Oum haltenden General *Phoumi Nosavan* übertragen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Vor allem ist noch unsicher, ob das neutrale Laos unter dem Einfluß seiner nach dem «Troika»-System gebildeten Regierung schließlich nicht doch in den Bannkreis des Kommunismus gerät.

In *Vietnam* gehen die Kämpfe der Truppen des Südvietnam gegen die Vietcong-Rebellen des Nordens unentwegt weiter und sind auch am Jahresende nicht zum Abschluß gekommen. Die Unterstützung Südvietnams durch die Amerikaner veranlaßte die Sowjetunion, diese der Einmischung in die Verhältnisse Vietnams zu beschuldigen. Wenn irgendeine Macht, so war ja sicher die Sowjetunion berechtigt, andere der Einmischung in fremde Staaten anzuklagen!

Eine neue Schwierigkeit schuf im fernöstlichen Raum der Anspruch der *Philippinen* auf das britische Nordborneo und deren Bestreben, anstelle der von den Briten geförderten Föderation Malaysia eine großmalayische Föderation zu setzen, die außer den der ersteren angehörenden Ländern Malaya, Singapur, Sarawak, Brunei und Nordborneo auch die Philippinen umfassen sollte. In diesen Zusammenhang gehört die gegen Jahresende ausgebrochene Revolte in Brunei, die indessen von britischen Truppen rasch unterdrückt werden konnte. Nach Angaben des dortigen Sultans wäre sie durch kommunistische Agenten geschürt worden. Wie sich die Verhältnisse in diesem Gebiet weiter entwickeln werden, steht noch dahin.

Während eines großen Teiles des Jahres hat sodann der schwere Konflikt zwischen *Indonesien* und den Niederlanden wegen Neuguineas zu Kampfhandlungen in jener Gegend geführt. Der Anspruch *Sukarnos* auf jenes Gebiet, das vorwiegend von Papuas bewohnt wird, ist nicht berechtigt und entspricht lediglich den Großmachtträumen eines Emporkömmlings. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Papuas die indonesische Herrschaft keineswegs wünschen. Trotzdem die Angriffshandlungen der Indonesier keineswegs zu einem Erfolg führten, mußten die Niederländer, wohl hauptsächlich von den Amerikanern

gedrängt, ein Abkommen abschließen, gemäß welchem sie ihre Truppen zurückziehen und die Verwaltung Neuguineas den Vereinigten Nationen zu übertragen hatten, die diese dann am 1. Mai 1963 an Indonesien übergeben würden. Die Papuas sollten 1969 in einer Volksabstimmung entscheiden dürfen, ob sie bei Indonesien bleiben wollen oder nicht. Es dürfte heute schon mehr als fraglich sein, ob diese Abstimmung je zustande kommt. Die Niederländer haben mit Recht die Amerikaner beschuldigt, in diesem Konflikt Indonesien begünstigt zu haben. Dies kam übrigens schon dadurch zum Ausdruck, daß niederländischen Flugzeugen, die Truppen transportierten, die Landeerlaubnis auf amerikanischen Flugplätzen verweigert wurde. Man stellt hier wiederum dieselbe eigenartige Auffassung der amerikanischen Außenpolitik fest, die wir schon bei den Fällen des Kongo und des Jemen gesehen haben. Mochte bei dieser Einstellung auch ein gewisses antikolonialistisches Ressentiment mitspielen, so war sicher wieder der Glaube maßgebend, Indonesien dem kommunistischen Einfluß zu entziehen. Die engen Beziehungen Sukarnos zu den kommunistischen Staaten lassen allerdings eine solche Hoffnung als höchst problematisch erscheinen. Der indonesische Erfolg bedeutet aber auch eine nicht zu verkennende Gefahr für das australische Neuguinea, das sicher eines Tages ebenfalls von den Indonesiern beansprucht wird. Bei der durchaus ungenügenden Rüstung Australiens, die derjenigen Indonesiens weit unterlegen ist, besteht hier ein ausgesprochener Gefahrenherd.

Bei den sehr unstabilen Verhältnissen im südostasiatischen und australischen Raum ist die Präsenz der sehr kampfstarken amerikanischen 7. Flotte im Pazifischen Ozean die einzige Garantie gegen eine große Katastrophe.

Von ganz besonderer weltpolitischer Bedeutung war und ist weiter noch der schwere Konflikt zwischen *China* und *Indien*. Vom Frühjahr bis im Herbst beschuldigte China die Inder dauernd der Grenzverletzungen, während es seinerseits Truppen im Grenzgebiet vorschob. Am 20. Oktober protestierte es energisch gegen indische Großangriffe, während es selbst in Wirklichkeit an jenem Tag solche gegen den nordöstlichen und den nordwestlichen Teil Indiens auslöste. Wir sehen hier wiederum das allen Revolutionären geläufige Verfahren, den Gegner dessen zu beschuldigen, was man selbst tut. Den massiven chinesischen Angriffen waren die indischen Truppen nicht gewachsen und mußten sich zurückziehen, so daß die Chinesen sowohl in Assam als in Ladakh weite Gebiete besetzen konnten. Den wiederholten Aufforderungen Chinas zu Verhandlungen antwortete aber Indien mit Recht, solche seien nicht möglich, solange die chinesischen Truppen nicht zurückgezogen würden. Auch die mehrfachen chinesischen Vorschläge, die Truppen hinter bestimmte Demarkationslinien zurückzuziehen, konnten von Indien nicht angenommen werden, da sie China wesentliche Teile von Ladakh überlassen und außerdem die in der demilitarisierten Zone vorgesehenen Kontrollposten weitere Möglichkeiten zu chinesischen Einmischungen in indisches Gebiet geboten hätten.

Schließlich kam es am 16. November noch zu einem letzten chinesischen Großangriff, der dessen Truppen bis in das Brahmaputratäl vorstoßen ließ. Am 21. November schlug dann China die Feuereinstellung vor, die am 22. November tatsächlich erfolgte, wobei die chinesischen Truppen teilweise zurückgenommen wurden. Bei Jahresende waren die Verhältnisse noch immer in der Schwebe.

Der chinesisch-indische Krieg, dessen für Indien ungünstiger Verlauf auf der den Realitäten nicht Rechnung tragenden Außen- und Verteidigungspolitik *Nehrus* und seines Verteidigungsministers *Krishna Menon* beruhte, hatte verschiedene weiterreichende Wirkungen. Da sowohl die Vereinigten Staaten als Großbritannien unverzüglich Waffen lieferten, entstand eine starke Verstimmung in *Pakistan*, das ja mit Indien wegen der Kaschmirfrage seit Jahren im Konflikt stand und an dessen Grenze immer noch zahlreiche indische Truppen aufmarschiert waren. Es bestand die Gefahr, daß das für den Westen wichtige *Pakistan* von dem Verteidigungsbündnis des CENTO-Paktes zurücktreten würde. Unter amerikanischem Druck fanden sich schließlich Indien und *Pakistan* zu Verhandlungen über das Kaschmirproblem bereit. Dessen Lösung stehen allerdings sehr erhebliche Schwierigkeiten gegenüber, die wohl nur gemeistert werden können, wenn *Nehru* angesichts der von China immer noch drohenden großen Gefahr sich zu wesentlichen Konzessionen entschließt.

Auch für die Sowjetunion, die den Indern die Lieferung von Mig-Flugzeugen versprochen hatte, brachte der chinesisch-indische Krieg ein gewisses Dilemma, da sie sich nicht offen gegen das chinesische «Brudervolk» zu erklären wagte. Immerhin wurde das Versprechen der Flugzeuglieferung ausdrücklich bestätigt.

Die NATO

Im Bereich der NATO-Staaten gab es im Laufe des Jahres eine Reihe von Mißhelligkeiten, aber immerhin auch einige erfreuliche Tatsachen. Darunter ist bestimmt die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Das Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer im Februar in Baden-Baden, der Sommerbesuch des letzteren in Paris und die Herbstreise des französischen Staatschefs nach Deutschland sowie die dabei von der Bevölkerung beider Länder gezeigte Sympathie für die beiden Staatsmänner lassen erhoffen, daß damit die jahrhundertalte Feindschaft zwischen diesen sich so gut ergänzenden Nationen endgültig begraben ist, selbst wenn die beiden großen Männer, denen das Verdienst an diesem Fortschritt zukommt, nicht mehr auf der Szene sind. Für die Verteidigung der Freiheit des Westens ist das von fundamentaler Bedeutung.

Schwierigkeiten ergaben sich im NATO-Bereich vor allem aus der berechtigten amerikanischen Forderung der Verstärkung der konventionellen Streit-

kräfte der europäischen Staaten, die in Tat und Wahrheit beträchtlich hinter ihren Verpflichtungen geblieben sind. Selbst Westdeutschland hat von den 12 aufzustellenden Divisionen erst deren 11 bereit. Andererseits erklärten diese Staaten sich aus verschiedenen Gründen außerstande, ihre Verpflichtungen voll zu erfüllen. Die amerikanische These, wonach in Zukunft das bisher durch die Atomwaffen dargestellte Schwert aus konventionellen Mitteln gebildet werden solle, während umgekehrt die Kernwaffen die Rolle des Schildes zu übernehmen hätten, beruht auf der an sich richtigen Auffassung, daß man nicht von vornherein genötigt sein darf, bei einem kriegerischen Konflikt, der vielleicht zu lokalisieren ist, einen Nuklearkrieg zu entfesseln. Hierzu bedarf es allerdings einer ausreichenden Anzahl konventioneller Mittel angesichts der außerordentlich großen Menge operationsbereiter Truppen des Ostblocks. Dieses Ziel ist seitens der NATO, trotz gewisser Fortschritte, noch nicht erreicht. Mit Recht weisen die USA auch darauf hin, daß man ihnen nicht zuzumuten darf, die Hauptlast der Verteidigung des Westens zu tragen.

Eine weitere Schwierigkeit betrifft die Frage nationaler Atomwaffen. Der amerikanische Verteidigungsminister beanstandete ausdrücklich nationale Atomwaffen als nutzlos und gefährlich, wobei er freilich die britische Atombewaffnung ausdrücklich ausnahm. Hierdurch war in erster Linie Frankreich betroffen, das sich seine eigene «force de frappe» auszubauen wünschte. Da in Europa eine gewisse berechnete Empfindlichkeit im Hinblick darauf bestand, daß die Vereinigten Staaten allein oder bestenfalls in Zusammenarbeit mit den Briten über Nuklearwaffen verfügen sollten, hat Kennedy in den Besprechungen mit *Macmillan* auf den Bahamas das Projekt einer multilateralen NATO-Nuklearmacht entwickelt, das im allgemeinen in Europa günstig aufgenommen wurde, dessen Verwirklichung freilich längere Zeit beanspruchen wird. Anlässlich der erwähnten Besprechungen tauchte noch eine neue Schwierigkeit auf, da die Amerikaner die weitere Entwicklung der den Briten versprochenen Skybolt-Flugzeugraketen, der Kosten und des unsicheren Erfolges wegen, einzustellen gedachten. Schließlich erklärte sich aber *Macmillan* mit deren Ersatz durch die von U-Booten abzuschießenden Polaris-Raketen einverstanden. Gleichzeitig wurden von Kennedy auch Frankreich solche angeboten; die Antwort liegt aber noch nicht vor.

Die Kräfteverhältnisse zwischen Westen und Osten

Zur Beurteilung der beidseitigen Kräfteverhältnisse darf man keinesfalls allein auf die Zahl und Stärke der vorhandenen Truppen als Kriegsmittel abstellen. Eine Abschätzung der politischen Beziehungen innerhalb der beiden Mächtegruppen sowie ihres Wirtschaftspotentials ist mindestens ebenso wichtig.

In dieser Hinsicht ist zunächst festzustellen, daß sich der Weltkommunismus

in einer schweren Krise befindet, wie sie vor Jahresfrist durchaus noch nicht vorauszusehen war. Diese beruht zunächst auf den außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in allen Ländern des kommunistischen Blocks — mit Ausnahme von Polen — herrschen und zu ernststen Mängeln in der Versorgung der Bevölkerung führten, die im schreienden Gegensatz zu der steigenden Wohlfahrt in den «kapitalistischen» Ländern des Westens stehen. In der Sowjetunion, wo die Arbeitsnormen und die Preise für Fleisch und andere Lebensmittel wesentlich erhöht werden mußten, kam es sogar zu Unruhen in der Gegend von Rostow, und aus der chinesischen Volksrepublik ergoß sich ein riesiger Flüchtlingsstrom nach Hongkong. Es steht auch außer Zweifel, daß die von Chruschtschew angekündigten Reformen auf dem Gebiet der Wirtschaft an diesen Verhältnissen nichts ändern werden, da diese in dem der menschlichen Natur zutiefst zuwiderlaufenden kommunistischen Wirtschaftssystem begründet sind.

Zu diesen für die Moral der Bevölkerung der kommunistischen Länder schwerwiegenden Gefahren kommen dann noch die tiefgehenden Spaltungserscheinungen innerhalb des Weltkommunismus. Der Gegensatz in den ideologischen Auffassungen zwischen China und der Sowjetunion, der schon seit längerer Zeit schwelte, verschärfte sich im vergangenen Jahre dauernd. Während anfangs die gegenseitigen Vorwürfe nicht direkt, sondern über Albanien ausgetragen wurden, das zu China hält und mehr oder weniger in dessen Auftrag die Sowjetunion angriff, während diese umgekehrt ihre Beschuldigungen gegen China an dieses Land richtete, kam es in den letzten Monaten zu offenen gegenseitigen Angriffen, zumal infolge der Kubakrise, da die Volksrepublik China Chruschtschews Rückzug in schärfster Weise verurteilte. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß diese Gegensätze sich in der Zukunft weiter verschärfen werden, auch wenn zeitweilige Milderungen eintreten sollten. China, das heute an der Entwicklung eigener Atomwaffen arbeitet, ist zwar bestimmt noch nicht in der Lage, eine Großmacht anzugreifen, allein es bleibt nichtsdestoweniger seiner geographischen Lage und seiner asiatischen Hegemonieansprüche wegen für eine fernere Zukunft der potentielle Feind Nummer eins der Sowjetunion. Es ist daher mehr als fraglich, ob in einem Kriegsfall die beiden kommunistischen «Brudervölker» sich unterstützen würden. Alle diese Verhältnisse zwingen die Sowjetunion zur Vorsicht und waren bestimmt mit ein Grund für Chruschtschews Nachgeben in der Kubakrise, wie auch für seine neuerliche Versöhnung mit Marschall *Tito*.

Es ist nicht leicht, die gegenseitigen militärischen Kräfteverhältnisse richtig abzuschätzen. Nach einer neuerlichen Veröffentlichung des britischen Instituts für strategische Studien wären die USA der Sowjetunion an interkontinentalen Raketen beträchtlich überlegen, an Mittelstrecken-Raketen dagegen unterlegen. Dabei ist zu erwähnen, daß es den Amerikanern neulich gelang, eine Fernrakete mittels einer Abwehrrakete abzuschießen. Auch auf dem Gebiete der

Flugzeuge und der übrigen konventionellen Waffen scheint, wenn man den Angaben dieses Institutes glauben darf, ein gewisses Gleichgewicht zu bestehen, da die Gesamtstärke der westalliierten Streitkräfte auf 8 Millionen, diejenigen des Sowjetblocks auf 7,7 Millionen bewertet wird. Dazu ist freilich zu bemerken, daß die Zahl der zum unmittelbaren Einsatz bereiten Kräfte der Sowjetunion beträchtlich stärker sind als diejenigen des Westens, zumal der NATO. General *Norstad* hat zwar erklärt, die NATO hätte in den letzten 10 Jahren sehr große Fortschritte gemacht, und ihre Streitkräfte seien während der Kubakrise um 25% stärker gewesen als vorher. Auch wurde die Abwehrlinie der NATO-Streitkräfte vom Rhein an den eisernen Vorhang vorverlegt. Schließlich erwähnte *Norstad* auch mit Recht, daß eine Verstärkung der in Europa stehenden Kräfte in sehr viel kürzerer Zeit möglich wäre als noch im letzten Krieg, da entsprechend Material in Europa gelagert sei und nur noch die Truppen per Lufttransport heranzubringen wären.

Auf alle Fälle muß festgestellt werden, daß ein Krieg für die Sowjetunion ein sehr großes Risiko darstellen müßte. Wir haben in unserm letztjährigen Bericht die militärgeographischen und strategischen Gegebenheiten erwähnt, die dieser Tatsache zugrunde liegen und möchten sie nicht wiederholen. Es besteht der bestimmte Eindruck, daß sich *Chruschtschew* darüber Rechenschaft gibt, und zwar trotz den prahlerischen Behauptungen des Marschalls *Malinowski*.

Schlußfolgerungen

Trotz aller Gefahren, die zu übersehen oder auch nur zu bagatellisieren ein schwerer Fehler wäre, darf der freie Westen der Zukunft mit einem gewissen Optimismus entgegensehen. Dabei sind freilich verschiedene Bedingungen zu erfüllen, wenn der Verteidigung der Freiheit Erfolg beschieden sein soll. Einmal muß der Westen in allen weiteren Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion und ihren Satelliten jene Festigkeit und innere Einigkeit zeigen, wie im Falle der Kubakrise. Sodann muß er, zumal in der Deutschlandfrage, mit größerem Nachdruck als bisher seine und der unterdrückten Völker Rechte vertreten und die entsprechenden Forderungen stellen, wobei jedoch versucht werden muß, dem Gegner den Rückzug auf jede Weise zu erleichtern. Und schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Völker des Westens nicht im Wohlleben ersticken und den materiellen Genuß über alles stellen, sondern ihre geistigen Güter, ihr Christentum, ihre Treue und Opferbereitschaft gegenüber der Vaterlands- und Völkergemeinschaft vor allem hochhalten. Würde diese wesentliche Bedingung nicht erfüllt, so würden sie doch riskieren, als «praktische» Materialisten von den theoretischen Materialisten überwältigt zu werden.